

Antragsbereich P / **Antrag P1**

**AntragstellerInnen:** AfA-

Landesvorstand Bayern

**Empfänger:** Bundesparteitag

**P1: Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern**

**Antragsteller:** AfA-Landesvorstand Bayern

**Adressat:** AfA-Landeskonferenz, AfA-  
Bundeskonferenz SPD-Landesparteitag, SPD-  
5 Bundesparteitag

10 **Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD  
verbessern**

15 Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der  
SPD besondere Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit  
wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen ge-  
sellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen  
20 Bereichen engagieren. Sie verfügen über Fachkom-  
petenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben  
vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Das muss  
konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und  
sogar verstärkt werden. Viele der bestehenden elf Ar-  
25beitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen  
bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der

Mitgliederbasis bis zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch legitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand  
30 durch Richtlinien. Im Jahr 2020 wurde eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften beschlossen. Die neue Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und Strukturveränderungen für die AGen schädigt die Schlagkraft der gesamten Partei.

35

Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften Möglichkeiten zu finden, um die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und auszubauen und damit die Außenwirkung und Bindungskraft unserer Partei über unsere Verankerung zum  
40 Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft, in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und Altersgruppen erheblich zu verbessern.

45 Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern auf, sich für eine Verbesserung der Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir den Vorstand der SPD sowie den Bundesparteitag auf, die Richtlinie für die  
50 Arbeitsgemeinschaften zu verändern, damit diese ihre besonderen Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch stärker unterstützen können.

55

### **Inbesondere fordern wir:**

- Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in  
60

- Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle erhöhen. Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Verpflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte. Der Wegfall von Möglichkeiten, sich regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt im WBH unterzutauchen vermindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei
- Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so erhöhen, dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung der Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
  - Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaften erhöhen Die erhebliche Reduzierung der Ressourcen für außenwirksame Aktivitäten außerhalb des festgelegten, bereits 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets, sowie die Reduzierung der hauptamtlichen Unterstützung schwächt die Arbeitsgemeinschaften praktisch bei allen Handlungsmöglichkeiten und erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.

**Begründung**  
**Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit

95 wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen ge-  
sellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen  
Bereichen engagieren. Sie verfügen über Fachkom-  
petenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben  
vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Das muss  
100 konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und  
sogar verstärkt werden. Viele der bestehenden elf Ar-  
beitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen  
bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der  
Mitgliederbasis bis zur Bundesebene durch Wahlen  
105 und Delegationssysteme demokratisch legitimiert. Ihr  
Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand  
durch Richtlinien. Im Jahr 2020 wurde eine neue  
Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften beschlossen.  
Die neue Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und  
110 Strukturveränderungen für die AGen schädigt die  
Schlagkraft der gesamten Partei.

Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den  
Arbeitsgemeinschaften Möglichkeiten zu finden, um  
115 die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und auszu-  
bauen und damit die Außenwirkung und Bindungs-  
kraft unserer Partei über unsere Verankerung zum  
Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft,  
in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen,  
120 Milieus und Altersgruppen erheblich zu verbessern.

Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern  
auf, sich für eine Verbesserung der Richtlinie für die  
Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung einzuset-  
125 zen. Gleichzeitig fordern wir den Vorstand der SPD  
sowie den Bundesparteitag auf, die Richtlinie für die  
Arbeitsgemeinschaften zu verändern, damit diese ih-  
re besonderen Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit

wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch  
130 stärker unterstützen können.

### **Insbesondere fordern wir:**

135

- Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle erhöhen. Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Verpflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte. Der Wegfall von Möglichkeiten, sich regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt im WBH unterzutauchen vermindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei
- Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so erhöhen, dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung der Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
- Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaften erhöhen  
Die erhebliche Reduzierung der Ressourcen für außenwirksame Aktivitäten außerhalb des festgelegten, bereits 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets, sowie die Reduzierung der hauptamtlichen Unterstützung schwächt die Arbeitsgemeinschaften praktisch bei allen Handlungsmöglichkeiten und erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.

140

145

150

155

160